Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) Landesverband M-V
Wismarsche Straße 152 | 19053 Schwerin

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Landesverband M-V
Wismarsche Str. 152
19053 Schwerin
Tel. +49 385 521339-0
Fax +49 385 521339-20

info@bund-mv.de
www.bund-mv.de

«Wahlkreisbüro» «Partei»
«Vorname» «Name»
«Straße»
«PLZ» «Ort»

«Anrede» «Name»,

der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) in Mecklenburg-Vorpommern wendet sich in Sorge um die Natur, unsere Umwelt und die natürlichen Ressourcen in Mecklenburg-Vorpommern an Sie als «Kandidatin» für den nächsten Deutschen Bundestag.
Wir sind sicher: Wer die Umwelt nicht schützt, gefährdet Menschenleben! Darum möchten wir Sie dringend bitten, die Themen

- **Klimawandel und Energiewende**,
- Erhalt unserer Alleenlandschaft und Baumschutz im Klimawandel,
- Schutz der Ostsee und der Schätze unserer Küstenlandschaft,
- Rettung der biologischen Vielfalt und Moore,
- Zukunftsfähige ökologische Landwirtschaft ohne Agro-Gentechnik

in Ihrer politischen Arbeit auf der Bundesebene mit besonderem Augenmerk auf Mecklenburg-Vorpommern zu berücksichtigen. Der BUND und die BUNDjugend Mecklenburg-Vorpommern werden Ihnen dazu mit diesem und fünf weiteren themenbezogenen Schreiben gute Argumente liefern.
Kontaktieren Sie uns gerne zum weiteren Austausch mit dem BUND als einem großen Umwelt- und Naturschutzverband Mecklenburg-Vorpommerns mit über 6.500 Mitgliedern in 25 BUND-Gruppen im Lande. Am **18.03.25** findet unsere nächste **Fachveranstaltung „Ökologische Solarparks“ in Mecklenburg-Vorpommern** statt. Wir laden Sie herzlich zu dieser online Veranstaltung ein! Anmeldung an: info@bund-mv.de.

Thema **Klimawandel und Energiewende** im Bundestag für M-V

1. **Bitte setzen Sie sich für ein schnelles einkommensabhängiges Klimageld ein!**
   Wenn Heizkosten und Tanken teurer werden, belastet das vor allem Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen, also im Ländervergleich auch besonders viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Klimageld würde Bürger*innen sofort entlasten. Das Klimageld soll die Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung an die Haushalte zurückgegeben. Der ursprünglichen Idee erhält jede Person nach denselben Betrag. Da Menschen mit unteren und mittleren Einkommen statistisch einen geringeren CO_2-Fußabdruck haben, werden sie durch die Klimaprämie stärker finanziell entlastet. Eine soziale Staffelung des Klimagelds würde diese Umverteilung noch verstärken. Gleichzeitig fördert der steigende CO_2-Preis den Umstieg auf klimafreundliche Verkehrsmittel und Heizungen.

2. **Bitte setzen Sie sich für den Abbau klimaschädlicher Subventionen ein!**
   Eine Möglichkeit, mehr Geld in die Staatskasse zu spülen, ist die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen. Diese kosten gut 35 Mrd. € pro Jahr,_z.B. Steuerbefreiung für Kerosin; MwSt.-Befreiung für internationale Flüge; Steuervergünstigungen für Diesel; Steuervergünstigungen für

Dienstwagen; MwSt.-Reduzierung für tierische Produkte usw. (Quelle: Öko-Institut & Fraunhofer ISE im Auftrag des BMWK). Eine Reform, die mehr ökologische und sozial gerechte Investitionen in unser Land ermöglicht, ist dringend notwendig.

3. **Bitte setzen Sie sich für den naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien ein!**
   Eine finanziell lukrative Beteiligung von Bürger*innen an den Erneuerbaren ist in MV noch immer zu selten. MV wird zu einem Energieproduzenten für Deutschland und muss dafür entsprechend entlohnt werden. In den letzten Jahren arbeiteten ca. 15.000 Menschen in MV in dieser Branche, mit dem wachsenden Ausbau tendenziell mehr. Erneuerbare Energien made in MV sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Um diese positive Entwicklung weiterhin zu fördern, müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen möglichst eindeutig und verlässlich sein. Die Ausbauziele des EEG sind dafür wichtig. Im Wahlkampf diskutierte weitgehende Änderungen der Verfahren für Windenergieanlagen schädigen dagegen das Vertrauen in gesetzte Rahmenbedingungen.

4. **Bitte setzen Sie sich für den Ausstieg aus fossilen Energien ein!**
   Dahingegen müssen Öl, Gas und Steinkohle zu fast 100% aus dem Ausland importiert werden! Das macht zum einen abhängig von Exportländern und zum anderen fließen dadurch Milliarden Euro ins Ausland, die besser in die heimische Energiewende investiert werden sollten. Im Jahr 2023 wurde beispielsweise Rohöl im Wert von rund 42,6 Mrd. € und Erdgas im Wert von rund 24,8 Mrd. € importiert (Quelle: Statista 2024). Stattdessen sollte das Steinkohlekraftwerk in Rostock noch 2025 abgeschaltet werden und die Anlieferung von LNG in Lubmin beendet werden. Der vorschnelle Bau von LNG-Terminals hat die Abhängigkeit verstetigt und unsere Naturräume an der Ostseeküste auf Rügen in beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung belastet. Damit sich dies nicht wiederholt, muss beim Bürokratieabbau sichergestellt werden, dass Umweltauswirkungen ergebnisoffen geprüft werden und Umweltvereinigungen sowie Öffentlichkeit beteiligt werden.

5. **Bitte verhindern Sie, dass Fracking in Deutschland wieder betrieben wird!**
   Fracking ist in Deutschland verboten – aus gutem Grund: Es schädigt bekanntermaßen die Natur, unser Klima, das Grundwasser und die Gesundheit der Menschen vor Ort massiv. Mecklenburg-Vorpommern wäre mit Lagerstätten vor der Küste davon betroffen. Unter dem Deckmantel der Energiesicherheit dürfen wir hierzulande keine gefährlichen Erdgasreserven erschließen. Bis relevante Mengen an Gas durch Fracking gefördert werden können, würden ohnehin bis zu 10 Jahre vergehen. hier Abhilfe zu schaffen! Wenn wir wirklich bis 2045 Klimaneutralität erreichen wollen, müssen wir fossile Projekte abbauen und nicht neue schaffen, die erst in 10 Jahren wirken.
   Unsere weiteren Forderungen und vertiefende Informationen zum Thema finden Sie unter www.bund-mv.de/klima-energie.

Gerne stehen wir für Rückfragen zur Verfügung. Bitte kontaktieren Sie uns für eine Terminvereinbarung!

Mit freundlichen Grüßen

Corinna Cwielag
Landesgeschäftsführerin
BUND Mecklenburg-Vorpommern

Bettina Baier
Landesvorsitzende
BUND Mecklenburg-Vorpommern